

Heinz Gebhardt

Steuerschätzung: Erheblich geringeres Aufkommen als bisher erwartet

Der Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ trat turnusgemäß im Mai dieses Jahres zusammen, um die Steuereinnahmen der nächsten fünf Jahre zu prognostizieren. Dabei wurden die Aufkommenserwartungen erheblich nach unten revidiert. Was waren die Ursachen hierfür?

Der Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ (AKS),¹ ein Beirat beim Bundesministerium der Finanzen (BMF), traf sich vom 12. bis 14. Mai 2009, um die Steuereinnahmen in Deutschland für die Jahre 2009 bis 2013 zu prognostizieren. Während er seine Ansätze für das Steueraufkommen in den beiden vorangegangenen Jahren zum Teil noch kräftig anheben konnte, musste er sie diesmal im Vergleich zu den Schätzungen vom Mai bzw. November vergangenen Jahres erheblich nach unten korrigieren (vgl. Schaubild 1). Er erwartet nunmehr für dieses Jahr einen Rückgang des Aufkommens um 34,2 Mrd. Euro (-6,1%) und für das kommende Jahr einen weiteren um 16,6 Mrd. Euro (-3,1%) (vgl. Tabelle 1). Ab 2011 dürften die Einnahmen ausgehend von dem kräftig gesunkenen Niveau um durchschnittlich 4% pro Jahr zunehmen. Damit dürfte erst im Jahr 2013 das Aufkommen von 2008 wieder übertroffen werden. Die Steuerquote, also der Anteil der Steuereinnahmen am nominalen Bruttoinlandsprodukt (BIP), wird nach Einschätzung des AKS in den Jahren 2009 und 2010 von 22,5 auf 21,4% sinken und bis 2013 wieder leicht auf 21,8% steigen.

Aufgrund der beträchtlich nach unten revidierten Aufkommenserwartungen² müssen sich Bund, Länder und Gemeinden sich auf deutlich geringere Steuereinnahmen einstellen als noch vor Jahresfrist geschätzt. So prognostiziert der AKS für 2009 ein um 45 Mrd. Euro geringeres Steueraufkommen als noch im November 2008 vorhergesagt (vgl. Tabelle 1). In den Folgejahren werden Steuereinnahmen erwartet, die jeweils reichlich 90 Mrd. Euro unter dem Schätzansatz vom Mai 2008 liegen.

Die prognostizierten Steuereinnahmen werden entscheidend von den gesamtwirtschaftlichen Aussichten

bestimmt. Der AKS basiert seine Schätzung auf den vom BMWi errechneten gesamtwirtschaftlichen Eckdaten, die nach dem massiven Konjunkturerbruch im Winterhalbjahr 2008/2009 – wie im Folgenden dargestellt – erheblich nach unten korrigiert werden mussten. Zudem trüben die zwischenzeitlich beschlossenen Steuerrechtsänderungen die künftigen Aufkommensperspektiven ein: Der AKS musste im Vergleich zur Schätzung vom November 2008 umfassende Steuerentlastungen einbeziehen.

Gesamtwirtschaftliche Eckwerte: deutsche Wirtschaft in tiefer Rezession

Die deutsche Wirtschaft ist im Sog der konjunkturellen Talfahrt der Weltwirtschaft im Winterhalbjahr 2008/2009 deutlich eingebrochen und befindet sich derzeit in einer scharfen Rezession. Die Bundesregierung hat daher – wie andere Institutionen auch³ – ihre konjunkturellen Erwartungen deutlich nach unten korrigiert. War sie für das Jahr 2009 bei der mittelfristigen Steuerschätzung im Mai vergangenen Jahres noch von einem Wachstum des realen BIP von 1,2% und bei der kurzfristigen Steuerschätzung im November von 0,2% ausgegangen, so legt sie in ihrer aktuellen Frühjahrsprojektion einen Rückgang des BIP von real 6% zugrunde.⁴ Dabei wird im Jahresverlauf aufgrund der erwarteten langsam einsetzenden Entspannung an den internationalen Finanzmärkten und gestützt durch die umfangreichen geld- und fiskalpolitischen Im-

¹ Dem AKS gehören neben dem BMF das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMW), die Länderfinanzministerien, die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände, die fünf großen Wirtschaftsforschungsinstitute, der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, die Deutsche Bundesbank und das Statistische Bundesamt an.

² Zur Treffsicherheit der Prognosen des AKS siehe H. Gebhardt: Methoden, Probleme und Ergebnisse der Steuerschätzung, in: RWI-Mitteilungen, 52 (2), 2001, S. 127-147.

³ Zu den konjunkturellen Perspektiven der deutschen Wirtschaft vgl. beispielsweise Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose: Im Sog der Weltrezession, Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2009, München 2009.

⁴ Dies ist der stärkste Einbruch des realen BIP in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland; der bislang größte Rückgang im Jahr 1975 hatte 0,9% betragen.

Heinz Gebhardt, 56, Dipl.-Volkswirt, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in den Kompetenzbereichen „Öffentliche Finanzen“ und „Wachstum und Konjunktur“ des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI) in Essen und Mitglied im Arbeitskreis „Steuerschätzungen“.

STEUERPOLITIK

Tabelle 1
Ergebnisse des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ Mai 2008 bis Mai 2009
(in Mrd. Euro; Veränderung gegenüber Vorjahr in %)

	Schätztermin ¹	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Steuern insgesamt	Mai 2008	538,2	554,4	571,1	595,2	620,0	645,3	
		10,2%	3,0%	3,0%	4,2%	4,2%	4,1%	
	Nov. 2008	538,2	561,8	572,0				
		10,2%	4,4%	1,8%				
	Mai 2009	538,2	561,2	527,0	510,4	526,7	552,0	575,1
		10,2%	4,3%	-6,1%	-3,1%	3,2%	4,8%	4,2%
Lohnsteuer	Mai 2008	131,8	7,5%	6,8%	5,7%	5,4%	5,4%	
	Nov. 2008	131,8	7,6%	6,9%				
	Mai 2009	131,8	7,7%	-4,2%	-6,9%	3,2%	6,1%	5,3%
Veranlagte Einkommensteuer	Mai 2008	25,0	20,1%	-14,6%	10,9%	14,2%	9,4%	
	Nov. 2008	25,0	29,7%	-6,2%				
	Mai 2009	25,0	30,6%	-30,1%	-26,5%	15,8%	16,5%	7,5%
Kapitalertragsteuern	Mai 2008	25,0	9,2%	10,8%	2,0%	3,0%	3,1%	
	Nov. 2008	25,0	14,3%	2,1%				
	Mai 2009	25,0	20,3%	-11,2%	-17,6%	-0,9%	11,9%	8,3%
Körperschaftsteuer	Mai 2008	22,9	-17,8%	5,1%	15,9%	11,1%	9,4%	
	Nov. 2008	22,9	-24,8%	-6,1%				
	Mai 2009	22,9	-30,8%	-31,2%	13,0%	24,4%	19,0%	14,2%
Gewerbesteuer	Mai 2008	40,1	-9,8%	4,3%	5,8%	5,9%	7,1%	
	Nov. 2008	40,1	5,2%	-4,0%				
	Mai 2009	40,1	2,4%	-14,7%	-0,6%	5,5%	8,4%	9,2%
Steuern vom Umsatz	Mai 2008	169,6	3,9%	2,8%	3,1%	2,8%	2,9%	
	Nov. 2008	169,6	3,7%	2,4%				
	Mai 2009	169,6	3,7%	0,3%	1,5%	2,0%	2,4%	2,4%
Sonstige Steuern	Mai 2008	123,8	0,3%	0,8%	1,0%	0,8%	0,9%	
	Nov. 2008	123,8	-0,1%	0,3%				
	Mai 2009	123,8	-0,1%	-3,7%	-0,3%	1,0%	1,0%	1,0%
Steuerquote (in % des nominalen BIP)	Mai 2008	22,2%	22,1%	22,2%	22,4%	22,6%	22,9%	
	Nov. 2008	22,2%	22,5%	22,5%				
	Mai 2009	22,5%	22,5%	22,3%	21,4%	21,3%	21,7%	21,8%

¹ Mai 2008: Ist: 2007; Prognose: 2008 bis 2012. November 2008: Ist: 2007; Prognose: 2008 und 2009. Im November werden die Steuereinnahmen nur für das laufende und das folgende Jahr geschätzt. Mai 2009: Ist: 2008; Prognose: 2009 bis 2013.

Quellen: Bundesministerium der Finanzen: Ergebnisse der Steuerschätzung vom 12. bis 14. Mai 2009, Monatsbericht des BMF, Mai 2009, S. 37-42. Bundesministerium der Finanzen: Ergebnisse der Steuerschätzung vom 4. bis 5. November 2008, Monatsbericht des BMF, November 2008, S. 39-43. Bundesministerium der Finanzen: Ergebnisse der Steuerschätzung vom 6. bis 8. Mai 2008, Monatsbericht des BMF, Mai 2008, S. 37-41.

pulse mit einer allmählichen Stabilisierung der Lage gerechnet. Für das Jahr 2010 geht die Bundesregierung beim realen BIP von einem Zuwachs von 0,5% aus, und in den Jahren 2011 bis 2013 legt sie einen Anstieg um durchschnittlich 1,9% pro Jahr zugrunde (vgl. Tabelle 2).

Für die Steuerschätzung sind aber die Entwicklung des nominalen BIP und der damit zusammenhängenden gesamtwirtschaftlichen Aggregate entscheidend. Auch hier wurden gegenüber den vorangegangenen Schätzterminen kräftige Abschlüsse vorgenommen. War die Bundesregierung vor einem Jahr noch von einem Zuwachs des nominalen BIP von 2,7% und im November 2008 immerhin noch von 2% ausgegangen, so er-

wartet sie nunmehr einen Rückgang um 5,3%; für das Jahr 2010 wird ein Zuwachs von 1,2% und in der mittleren Frist von durchschnittlich 3,3% pro Jahr zugrunde gelegt. Entsprechend ungünstigere Werte werden für die Einkommensaggregate erwartet (vgl. Schaubild 2). Am kräftigsten war die Revision bei den Unternehmens- und Vermögenseinkommen, bei denen statt eines Plus von 3,4% (Mai 2008) bzw. 1,2% (November 2008) nunmehr ein Minus von 18,3% prognostiziert wird. Nach diesem starken Einbruch wird bereits im Jahr 2010 mit etwas aufgehellten Gewinnaussichten gerechnet. Bei den Bruttolöhnen und -gehältern werden in diesem und dem kommenden Jahr aufgrund der deutlich zunehmenden

Tabelle 2
Wichtige gesamtwirtschaftliche Vorgaben für die Steuerschätzungen von Mai 2008 bis Mai 2009
 (in Mrd. Euro; Veränderung gegenüber Vorjahr in %)

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Mai 2008^a							
Reales BIP	2237,2	1,7%	1,2%	1,5%	1,5%	1,5%	
Nominales BIP	2423,8	3,4%	2,7%	3,1%	3,1%	3,1%	
Bruttolöhne und -gehälter (Inlandskonzept)	955,8	3,6%	2,8%	2,5%	2,5%	2,5%	
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	643,2	5,5%	3,4%	4,2%	4,0%	5,2%	
Modifizierte letzte inländische Verwendung	1980,1	3,1%	2,9%	2,8%	2,8%	2,8%	
November 2008^{a, b}							
Reales BIP	2241,7	1,7%	0,2%				
Nominales BIP	2422,9	3,0%	2,0%				
Bruttolöhne und -gehälter (Inlandskonzept)	958,0	3,9%	2,7%				
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	643,5	2,8%	1,2%				
Modifizierte letzte inländische Verwendung	1980,1	2,7%	2,7%				
Mai 2009^c							
Reales BIP		2270,8	-6,0%	0,5%	1,9%	1,9%	1,9%
Nominales BIP		2492,0	-5,3%	1,2%	3,3%	3,3%	3,3%
Bruttolöhne und -gehälter (Inlandskonzept)		995,4	-0,4%	-1,8%	2,8%	2,8%	2,8%
Unternehmens- und Vermögenseinkommen		654,3	-18,3%	9,1%	2,9%	6,8%	6,5%
Modifizierte letzte inländische Verwendung		2032,4	1,5%	1,3%	2,2%	2,2%	2,2%

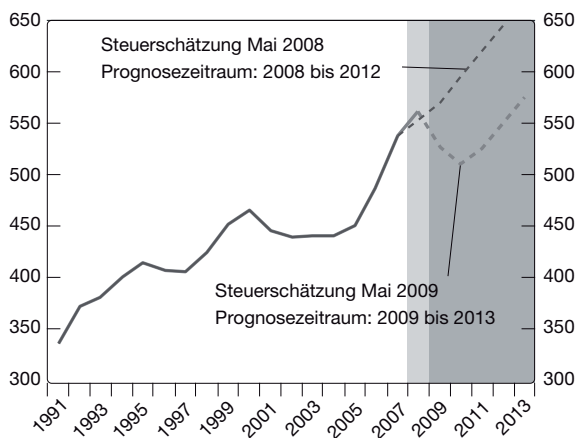
^a Ist: 2007; Prognose: 2008 bis 2012. ^b Ist: 2007; Prognose: 2008 und 2009. ^c Ist: 2008; Prognose: 2009 bis 2013.

Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie.

Kurzarbeit und der kräftig sinkenden Beschäftigung Einbußen von 0,4 bzw. 1,8% erwartet; in der mittleren Frist wird mit durchschnittlich 2,8% pro Jahr ein etwas höherer Anstieg als bislang zugrunde gelegt. Die modifizierte letzte inländische Verwendung, die das Aufkommen der Steuern vom Umsatz bestimmt, bleibt trotz der Rezession aufwärts gerichtet, doch fällt die erwartete Zunahme in allen Jahren des Prognosezeitraums schwächer aus als in den vorangegangenen Projektionen.

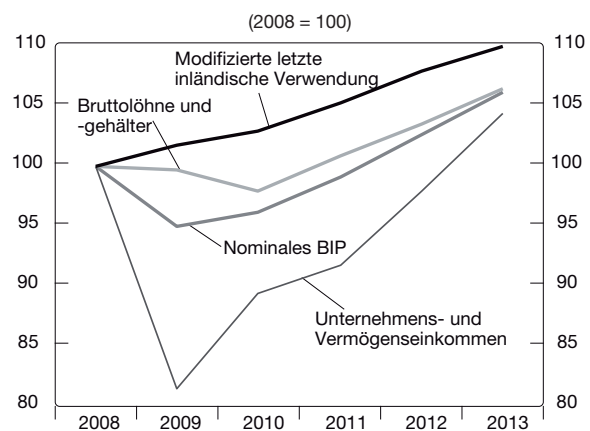
Allein infolge des scharfen Konjunkturreinbruchs (vgl. Schaubild 3) wird der Staat in diesem Jahr rund 35 Mrd. Euro weniger an Steuern einnehmen. Die deutlich schlechtere konjunkturelle Ausgangslage führt aber auch in den Folgejahren im Vergleich zu den bisherigen Planungen zu erheblichen Mindereinnahmen, denn der rezessionsbedingte Produktionseinbruch wird nach der gesamtwirtschaftlichen Projektion der Bundesregierung nur allmählich aufgeholt; das nominale BIP wird erst im

Schaubild 1
Steueraufkommen 1991 bis 2013
 (in Mrd. Euro)



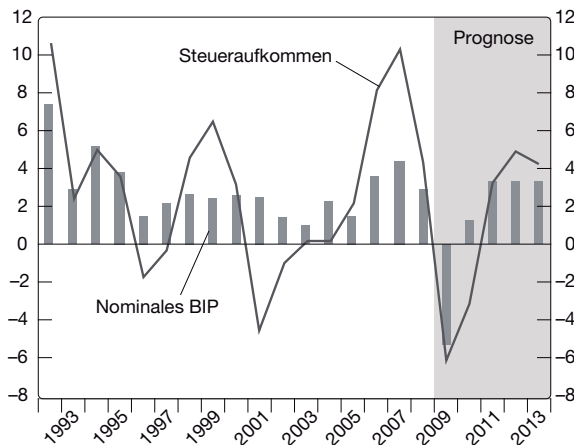
Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Schaubild 2
Ausgewählte Bestimmungsfaktoren des Steueraufkommens
 (2008 = 100)



Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie; eigene Berechnungen.

Schaubild 3
Nominales BIP und Steueraufkommen
(Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)



Quellen: Bundesministerium der Finanzen; Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie; Statistisches Bundesamt.

Jahr 2012 das vor der Rezession erreichte Niveau über-
treffen. Den bisherigen Planungen lag hingegen ein ste-
tiger Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion und
damit über den gesamten Planungszeitraum hinweg ein
deutlich höheres Produktionsniveau zugrunde.

**Steuerrechtsänderungen führen zu spürbaren
Mindereinnahmen**

Die Bundesregierung verabschiedete angesichts der
sich verstärkenden rezessiven Tendenzen und der merk-
lich eingetrübten gesamtwirtschaftlichen Perspektiven
im November 2008 und im Januar 2009 zwei Konjunk-
turprogramme, die auch merkliche Steuerentlastungen
enthalten. So wurden mit dem Konjunkturpaket I u.a.
die Möglichkeiten der steuerlichen Berücksichtigung
von Handwerkerleistungen erweitert, die degressive Ab-
schreibung für bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlage-
vermögens auf zwei Jahre befristet wieder eingeführt,
eine auf maximal zwei Jahre befristete Kfz-Steuerbefrei-
ung von Neuwagen beschlossen sowie der Kinderfrei-
betrag erhöht.⁵ Die aus diesen Steuerrechtsänderungen
resultierenden Mindereinnahmen belaufen sich nach den
Berechnungen des BMF in den Jahren 2009 bis 2013 auf
insgesamt 19,4 Mrd. Euro (vgl. Tabelle 3); ausschlagge-
bend für das ab 2011 sinkende Entlastungsvolumen ist
dabei das Auslaufen der günstigeren Abschreibungsre-
geln.

Im Rahmen des Konjunkturpakets II wurde der Ein-
kommensteuertarif durch die Erhöhung des Grundfrei-
betrags zum 1. Januar 2009 und zum 1. Januar 2010

⁵ Zu den Steuerrechtsänderungen im Einzelnen vgl. die Konjunktur-
politische Chronik des RWI unter www.rwi-essen.de/kchronik.

um jeweils 170 Euro, durch die Senkung des Eingangs-
steuersatzes von 15 auf 14% ab 2009 sowie durch die
Verschiebung des Tarifs durch Anhebung der weiteren
Tarifeckwerte um 400 Euro im Jahr 2009 und um weite-
re 330 Euro ab 2010 dauerhaft gesenkt. Zudem wird für
jedes Kind, für das ein Kindergeldanspruch besteht, im
Jahr 2009 einmalig ein „Kinderbonus“ von 100 Euro auf-
kommensmindernd ausgezahlt. Die durch dieses Gesetz
im Finanzplanungszeitraum ausgelösten Steuerausfälle
werden auf 29 Mrd. Euro veranschlagt.

Daneben führt die Umsetzung von zwei Entscheidun-
gen des Bundesverfassungsgerichts zu Mindereinnah-
men: Rückwirkend ab 2007 gilt wieder die alte Entfer-
nungspauschale (16 Mrd. Euro), und ab 2010 kann ein
größerer Teil der Beiträge zur Kranken- und Pflegeversi-
cherung als Sonderausgaben abgesetzt werden (40 Mrd.
Euro).

Alles in allem werden die durch die aufgeführten Steu-
eränderungsgesetze ausgelösten Mindereinnahmen
vom BMF auf 16,5 Mrd. Euro (2009), 25,8 Mrd. Euro
(2010), 28,9 Mrd. Euro (2011), 27,5 Mrd. Euro (2012) und
25,8 Mrd. Euro (2013) veranschlagt, was zu der massi-
ven Abwärtsrevision der Aufkommenserwartungen des
AKS beitrug. Allerdings wurden dabei vom BMF nur die
primären Wirkungen berücksichtigt. Bezieht man die von
den Steuerentlastungen induzierten positiven gesamtwir-
tschaftlichen Effekte mit ein, muss mit geringeren Min-
dereinnahmen gerechnet werden. Beispielsweise dürfte
sich die Selbstfinanzierung der im Rahmen des zweiten
Konjunkturpakets beschlossenen Entlastungen bei der
Einkommensteuer über Mehreinnahmen bei Steuern und
Sozialbeiträgen sowie Minderausgaben bei den arbeits-
marktbedingten Staatsausgaben nach Berechnungen
mit dem RWI-Konjunkturmodell auf rund 40% belaufen.⁶

Verteilung der Steuermindereinnahmen

Von den im Vergleich zu den vorangegangenen Steu-
erschätzungen in den Jahren 2009 bis 2012 erwarteten
Mindereinnahmen in Höhe von 316 Mrd. Euro muss al-
lein der Bund 153 Mrd. Euro (48%) schultern (vgl. Schau-
bild 4). Auch die Länder müssen mit 125 Mrd. Euro (40%)
hohe Steuerausfälle verkraften, während die Gemeinden
mit Einbußen von reichlich 42 Mrd. Euro (13%) kalkulieren
müssen. Die EU-Abführungen werden sogar um 4 Mrd.
Euro höher veranschlagt als bislang zugrunde gelegt.

⁶ Zu den gesamt- und finanzwirtschaftlichen Auswirkungen des zwei-
ten Konjunkturpakets vgl. G. Barabas, R. Döhrn, H. Gebhardt,
T. Schmidt: Was bringt das Konjunkturpaket II?, in: WIRTSCHAFTS-
DIENST, 89. Jg. (2009), H. 2, S. 128-132. Bei der Lohn- und Einkom-
mensteuer ist die Selbstfinanzierungsquote im RWI-Konjunkturmodell
nicht einmal besonders hoch. Sie liegt beispielsweise unter der Schät-
zung von Trabandt/Uhlig von 50%. Vgl. M. Trabandt, H. Uhlig:
How far are we from the slippery slope? The Laffer curve revisited, in:
CEPR Discussion Paper Nr. 5657, London 2006.

Tabelle 3
Finanzielle Auswirkungen der Steuerrechtsänderungen¹
 (Steuermindereinnahmen (-) in Mrd. Euro gegenüber 2008)

	2009	2010	2011	2012	2013
Steuerrechtsänderungen insgesamt	-16,5	-25,8	-28,9	-27,5	-25,8
Gesetz zur Umsetzung steuerrechtlicher Regelungen des Maßnahmenpakets „Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung („Konjunkturpaket I“)	-2,6	-5,7	-5,9	-3,9	-1,4
Gesetz zur Sicherung von Beschäftigung und Stabilität in Deutschland („Konjunkturpaket II“)	-4,9	-5,6	-6,1	-6,2	-6,3
Gesetz zur Fortführung der Gesetzeslage 2006 bei der Entfernungspauschale	-5,4	-3,1	-2,5	-2,5	-2,5
Gesetz zur verbesserten steuerlichen Berücksichtigung von Vorsorgeaufwendungen (Bürgerentlastungsgesetz Krankenversicherung)	-	-8,1	-10,5	-10,6	-11,3
Sonstige Steuerrechtsänderungen ²	-3,6	-3,3	-4,0	-4,2	-4,2

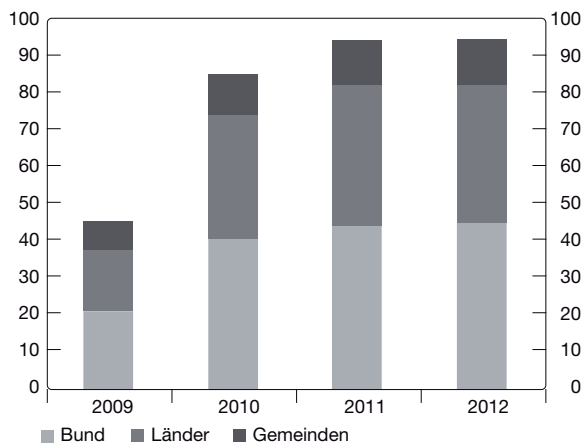
¹ Seit der Steuerschätzung vom November 2008 beschlossene Steuerrechtsänderungen; berechnet ohne Berücksichtigung der makroökonomischen Rückwirkungen. ² Gesetz zur Schaffung einer Nachfolgeregelung und Änderung des Investitionszulagengesetzes 2007, Jahressteuergesetz 2009, Steuerbürokratieabbaugesetz, Familienleistungsgesetz, Erbschaftsteuerreformgesetz, Mitarbeiterkapitalbeteiligungsgesetz, Gesetz zur Neuregelung der Kraftfahrzeugsteuer und anderer Gesetze, Gesetz zur Änderung der Förderung von Biokraftstoffen, Gesetz zur Änderung des Fünften Vermögensbildungsgesetzes.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Von den von 2009 bis 2012 erwarteten Mindereinnahmen entfallen allein 125 Mrd. Euro (40%) auf die Lohnsteuer (vgl. Schaubild 5). Hier schlagen insbesondere die spürbaren Steuerentlastungen zu Buche; stark aufkommensmindernd wirkt zudem, dass die Bruttolohn- und -gehaltssumme nach dem rezessionsbedingten Rückgang auch mittelfristig erheblich geringer ausfällt als bislang erwartet. Um 132 Mrd. Euro (42%) geringer werden die Einnahmen aus der veranlagten Einkommensteuer, den Kapitalertragsteuern, der Körperschaftsteuer und der Gewerbesteuer veranschlagt. Dies ist überwiegend

Folge des scharfen Gewinneinbruchs; zudem mindern Steuerentlastungen und bei der veranlagten Einkommensteuer die Rückerstattungen wegen der Verfassungswidrigkeit der eingeschränkten Entfernungspauschale das Aufkommen. Die Steuern vom Umsatz werden zwar nicht durch Steuerrechtsänderungen gemindert, doch hinterlässt die Konjunkturschwäche ihre Spuren; ihr Anteil an den von 2009 bis 2013 insgesamt erwarteten Mindereinnahmen beläuft sich auf 10% (31 Mrd. Euro).

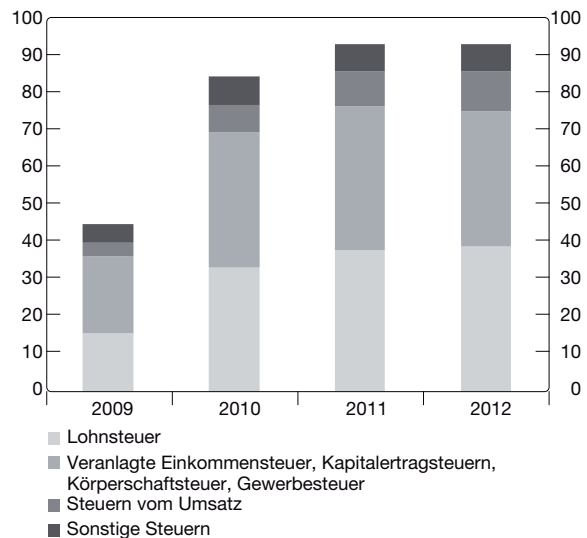
Schaubild 4
Steuermindereinnahmen bei Bund, Ländern und Gemeinden¹
 (in Mrd. Euro)



¹ Im Vergleich zu den Steuerschätzungen vom Mai und November 2008; ohne EU-Abführungen; hier fallen im Vergleich zu den vorangegangenen Steuerschätzungen geringe Mehreinnahmen an.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen; eigene Berechnungen.

Schaubild 5
Steuermindereinnahmen bei ausgewählten Steuerarten¹
 (in Mrd. Euro)



¹ Im Vergleich zu den Steuerschätzungen vom Mai und November 2008.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen; eigene Berechnungen.

Fazit

Die massive Revision der Aufkommenserwartungen ist vor dem Hintergrund der globalen Rezession keine Überraschung: Wenn die Bundesregierung ihre Prognose für das Wirtschaftswachstum des Jahres 2009 von 0,2% auf -6% korrigieren muss, schlägt sich dies aufgrund des Wirkens der automatischen Stabilisatoren in einem deutlich niedrigeren Steueraufkommen nieder, nicht zuletzt weil zur Bekämpfung der Rezession sowie zur Umsetzung der Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts umfangreiche Steuerentlastungen beschlossen wurden.

Diese Mindereinnahmen führen in Verbindung mit den konjunkturbedingten Einbußen beim Beitragsaufkommen der Sozialversicherung und den arbeitsmarktbedingten Mehrausgaben zu spürbaren Haushaltsbelastungen. Das staatliche Budgetdefizit wird in Relation zum nominalen BIP in diesem Jahr auf knapp 4% und im kommenden Jahr auf knapp 6% steigen.⁷ Die Haushaltsfehlbeträge müssen in der gegenwärtigen Situation hin-

⁷ So prognostiziert beispielsweise die Gemeinschaftsdiagnose, dass die Defizitquote in diesem Jahr auf 3,7% und im kommenden Jahr auf 5,5% steigen wird, vgl. Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, a.a.O. Die EU-Kommission erwartet eine Defizitquote von 3,9% in 2009 und von 5,9% in 2010, vgl. European Commission: Economic Forecast, Frühjahr 2009, European Economy, 3/2009.

genommen werden, um die Rezession nicht durch Ausgabenkürzungen oder Steuererhöhungen zu verstärken.

Allerdings engen die höheren Fehlbeträge die budgetären Handlungsspielräume in den kommenden Jahren merklich ein: für größere Steuerentlastungen oder weitere Ausgaben besteht zumindest für die kurze Frist kein Spielraum. Vielmehr werden mittelfristig erhebliche Anstrengungen erforderlich, um die übermäßigen Budgetdefizite wieder abzubauen. Nach Überwindung der Rezession muss die Finanzpolitik die Voraussetzungen zur Stärkung der Wachstumskräfte und zur qualitativen Konsolidierung der öffentlichen Haushalte schaffen. Dies setzt voraus, dass die Ausgaben auf allen Ebenen des Staates – inklusive der Sozialversicherungen – kritisch überprüft werden. Je energischer dabei Subventionen abgebaut und je klarer Prioritäten zugunsten von Investitionen gesetzt werden, desto eher dürfte sich ein kleiner Spielraum für gestaltende Finanzpolitik ergeben. Vordringlich wäre es dann, die „heimlichen“ Steuererhöhungen durch die kalte Progression zu beseitigen.⁸

⁸ Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie: Bundesminister zu Guttenberg: „Ergebnisse der Steuerschätzung sind kein Grund für finanzpolitische Verzagtheit – Steuerpolitik muss Beitrag zu nachhaltiger Wachstumsdynamik leisten!“, Pressemitteilung vom 14. Mai 2009; R. Kambeck, H. Gebhardt: Politik mit leeren Kassen, in: Financial Times Deutschland vom 15.5.2009; sowie V. Stern: Nachholbedarf bei steuerlicher Entlastung mittlerer Einkommen, in: WIRTSCHAFTSDIENST, 89. Jg. (2009), H. 5, S. 318-321.